

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Jeannette Auricht (AfD)

vom 12. August 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. August 2026)

zum Thema:

Auseinandersetzungen im AJZ Kita / La Casa in Hellersdorf (Trägerverein KuDePo e. V.)

und **Antwort** vom 25. August 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. August 2026)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Frau Abgeordnete Jeannette Auricht (AfD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/26848
vom 12. August 2026
über Auseinandersetzungen im AJZ Kita/La Casa in Hellersdorf
(Trägerverein KuDePo e. V.)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher den Bezirk Marzahn-Hellersdorf um Stellungnahmen gebeten, die bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt sind.

Vorbemerkung der Abgeordneten:

Anfang Juli 2026 kam es im linken Zentrum AJZ Kita / La Casa in Berlin-Hellersdorf zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen zwei Gruppierungen der linken Szene. Nach Mitteilung der Polizei Berlin geriet eine vor dem Objekt befindliche, schwarz gekleidete und vermummte Gruppierung in verbale Auseinandersetzungen mit einer im Objekt befindlichen, ebenfalls vermummten Gruppierung, wobei Gegenstände geworfen und Feuerlöscher entleert wurden. Beim Eintreffen der Polizei entfernte sich die vor dem Objekt befindliche Gruppierung zunächst unerkannt, der Konflikt setzte sich im Gebäude fort. Gegen

18:30 Uhr kam es auf dem Flachdach des Objekts zu körperlichen Auseinandersetzungen unter anderem mit Baseballschlägern. Die Polizei beschränkte insgesamt 29 Personen in ihrer Freiheit und leitete Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs ein.¹ Trägerverein des Objekts ist KuDePo e. V.²

Der Leiter des Berliner Verfassungsschutzes, Michael Fischer, hatte Anfang Juni 2026 im Abgeordnetenhaus erklärt, antisemitismuskritische linke Gruppen seien mittlerweile „komplett verstummt“, während sich zentrale Akteure der linksautonomen Szene, darunter Rigaer94 und Gruppen im Umfeld der Migrantifa, mit Palästina solidarisch erklärt hätten.³

1. Erhält oder erhielt der Verein KuDePo e. V. finanzielle oder anderweitige Unterstützung durch den Senat oder das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, unabhängig vom konkreten Projekt AJZ Kita / La Casa? Wenn ja, in welcher Höhe, aus welchem Haushaltstitel (bitte Einzelplan bzw. Kapitel, Titel angeben) und für welchen Zeitraum? (Bitte jeweils aufschlüsseln.)

1.1 Erhält oder erhielt speziell das Projekt AJZ Kita / La Casa eine gesonderte finanzielle oder anderweitige Unterstützung, etwa als Projektförderung? Wenn ja, in welcher Höhe, aus welchem Haushaltstitel und für welchen Zeitraum, und wofür konkret (z. B. Personal, Miete, Sachmittel)?

1.2 Bezieht sich eine etwaige Förderung ausschließlich auf die Jugendarbeit im Objekt, oder fließen öffentliche Mittel auch mittelbar in die dort bestehende Wohnnutzung, etwa über Miet- oder Nebenkostenzuschüsse?

2. Auf welcher rechtlichen Grundlage beruht eine etwaige Förderung oder Anerkennung des Vereins, insbesondere im Hinblick auf die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach §§ 74, 76 SGB VIII?

3. Stehen Senat und Bezirksamt in regelmäßigem Kontakt mit KuDePo e. V.? Sofern ja, in welcher Form, mit welcher Zuständigkeit, und wann fand der letzte Kontakt statt?

Hat sich durch die veränderte Bewohnerschaft seit dem Vorfall der Ansprechpartner für Senat und Bezirksamt geändert?

14. Zieht der Senat aus den Vorfällen Konsequenzen für die Förderpraxis gegenüber dem Trägerverein oder für die sicherheitsbehördliche Bewertung des Objekts?

15. Der Neuköllner Sozialstadtrat kündigte im August 2026 an, Förderbescheide künftig mit strengeren Vorgaben zu versehen und bei Antisemitismus-Verstößen die Finanzierung von Projekten zu stoppen. Zieht der Senat bzw. das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf ein vergleichbares Vorgehen gegenüber KuDePo e. V. in Erwägung?⁴

¹ Polizei Berlin, Pressemitteilung Nr. 1689603, „Auseinandersetzung zweier Personengruppen“ (05.07.2026) [URL: <https://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/2026/pressemitteilung.1689603.php>; abgerufen am 11.08.2026].

² rbb24, „Was hinter dem eskalierten Streit in einem linken Berliner Jugendzentrum steckt“ (22.07.2026) [URL: <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2026/07/berlin-hellersdorf-eskalation-linke-szene-nahost-konflikt-israel-palaestina.html>; abgerufen am 11.08.2026].

³ Ebd.

⁴ Jüdische Allgemeine, „Antisemitismus-Streit in linkem Jugendzentrum eskaliert“ (06.07.2026); [URL: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/antisemitismus-streit-linke-gegen-linke/>; abgerufen am 11.08.2026].

Zu 1. bis 3., 14. und 15.: Das Zentrum Alternatives Jugendzentrum Kita (AJZ Kita) und die dazugehörige Kneipen- und Veranstaltungslocation La Casa bestehen seit 2001 als selbstverwaltetes Projekt und dienen laut Instagram-Account als linker Freiraum, Wohnprojekt, Infoladen und Veranstaltungsort für Konzerte, Lesungen und Diskussionsabende. Der Verein KuDePo e. V. erhält bzw. erhielt keine finanzielle oder anderweitige Unterstützung durch den Senat oder das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. Etwaige Konsequenzen für die Förderpraxis gegenüber dem Verein bestehen demnach nicht. Weder Senat noch Bezirksamt stehen im Kontakt mit dem Verein.

4. Welche Aufsichts- und Eingriffsmöglichkeiten hat das Bezirksamt (ggf. der Senat) gegenüber einem als Träger der freien Jugendhilfe anerkannten Verein, wenn sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Vereinsvorstand die tatsächliche Kontrolle über die geförderte Einrichtung verloren hat?

5. Wird das Gebäude AJZ Kita / La Casa in der Wurzener Straße in Hellersdorf, in dem nach Presseberichten rund 25 Menschen dauerhaft wohnen, zu Wohnzwecken genutzt? Inwiefern ist dem Senat bzw. dem Bezirksamt diese Nutzung bekannt?

6. Ist diese Wohnnutzung mit dem bestehenden Nutzungsvertrag bzw. der baurechtlichen Widmung des Objekts vereinbar?

7. Falls eine Wohnnutzung nicht zulässig ist: Welche Konsequenzen zieht der Senat bzw. das Bezirksamt daraus, und welche Schritte sind geplant, um eine unzulässige Nutzung zu beenden?

8. Welche Behörde ist für die bauordnungsrechtliche Kontrolle des Objekts zuständig? Wann fand die letzte Prüfung statt?

Zu 4. bis 8.: Für bauordnungsrechtliche Kontrollen im Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf ist der Fachbereich Bauaufsicht, Wohnungsaufsicht und Denkmalschutz (BWA UD) zuständig. Die letzte Brandsicherheitsschau im Objekt fand turnusgemäß 2023 statt. 2024 gab es aufgrund einer geplanten Veranstaltung eine weitere Begehung.

Die Bauaufsichtsbehörde hat Eingriffsmöglichkeiten, sobald Verstöße gegen baurechtliche Vorschriften vorliegen. Eine Einflussmöglichkeit, durch wen eine genehmigte Nutzung erfolgt, hat sie nicht. Das Grundstück wird von der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) verwaltet. Eine Widmung des Objektes ist nicht bekannt. Die planungsrechtliche Zulässigkeit der Nutzung liegt vor. Die Nutzung zu Wohnzwecken ist bekannt und genehmigt.

9. Welche Kenntnisse hat der Senat über und wie bewertet er die gewalttätige Auseinandersetzung Anfang Juli 2026 zwischen den beiden linken Gruppierungen im AJZ Kita / La Casa?

10. Bestand nach Einschätzung des Senats eine Gefährdung für die umliegende Bevölkerung, etwa durch die verwendeten Gegenstände oder durch die Auseinandersetzungen auf dem Flachdach des Gebäudes?

11. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat zu den beteiligten Gruppierungen vor, insbesondere zu einer möglichen Verbindung zum Umfeld der Rigaer Straße 94?

Zu 9. bis 11.: Der Senat verfügt über keine weiterführenden Erkenntnisse über die gewalttätige Auseinandersetzung Anfang Juli 2026 sowie zu den beteiligten Gruppierungen.

12. Hat es seit der Anerkennung von KuDePo e. V. als Träger der freien Jugendhilfe im Jahr 2015 weitere Vorfälle im AJZ Kita / La Casa gegeben, die beim Senat oder beim Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf Anlass zu verfassungsschutzrechtlicher oder ordnungsrechtlicher Prüfung gegeben haben? Bitte für Senat und Bezirksamt getrennt beantworten, mit Angabe von Zeitpunkt und Art des jeweiligen Vorfalls. Falls keine derartigen Vorfälle bekannt sind, wird um ausdrückliche Bestätigung gebeten.

Zu 12.: Nach Auskunft des Bezirksamts Marzahn-Hellersdorf gab es weder ordnungsrechtliche Prüfungen zum KuDePo e. V. noch Ordnungswidrigkeitenverfahren.

13. Hält der Senat die Einschätzung des Leiters des Berliner Verfassungsschutzes vom Juni 2026, antisemitismuskritische linke Gruppen seien „komplett verstummt“, nach den Ereignissen im AJZ Kita / La Casa weiterhin für zutreffend?

Zu 13.: Der Senat verfügt über keine unmittelbaren Einblicke in die internen, zivilrechtlichen oder personellen Strukturen des selbstverwalteten Marzahn-Hellersdorfer Projekts. Eine Zuordnung einzelner Personen zu spezifischen, namentlich bekannten Gruppierungen ist dem Senat aus behördlicher Sicht mangels administrativer Schnittstellen und aufgrund der Anonymität der beteiligten Akteure im Rahmen des Vorfalls vom Juli 2026 nicht vollumfänglich gesichert möglich.

Der Senat hält an der allgemeinen, durch die Leitung des Berliner Verfassungsschutzes formulierten Lageeinschätzung fest. Diese beschreibt einen berlinweiten Trend einer Dominanz antiisraelischer und palästinasolidarischer Strömungen innerhalb bestimmter Teile der autonomen Szene.

Obgleich der Vorfall im Bezirk Marzahn-Hellersdorf diese Tendenz aus Sicht der Sicherheitsbehörden im Bereich der politisch motivierten Kriminalität (PMK) zu untermauern scheint, erlaubt die naturgemäße geringere Nähe des Senats zu nicht-geförderten Projekten keine abschließende seriöse behördliche Bewertung.

Berlin, den 25. August 2026

In Vertretung

Falko Liecke

Senatsverwaltung für Bildung,

Jugend und Familie